Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Numm. 10 Pfge. Auflage **37000** Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Inseraten für uns nehmen an: Die Annoncen-Expedition v. **Haasenstein & Vogler**; — **Rudolf Mosse**; — **Daube & Comp.**; — **Invalidendank**; — **G. Müller** in Görlitz; — **Rud. Kließ** in Magdeburg; — **J. Stark & Co.** in Halle; — **Sticiner** in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Verbindt mit: an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 3 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen bitten wir nur gegen **Pränumerando-Zahlung durch** Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für den Sonntags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Meissen F. Louis Beilich Meissen
Fabrikation und Lager
wollener Strumpfwaaren u. Strickgarne
Begründet 1848.
Billige Preise. Grossartige Auswahl. Solide Waare.
Wiederverkäufern bestens zu empfehlen.

Carl Höpfner,
Landhausstrasse Nr. 4 und 5,
empfiehlt seine
Weinhandlung
mit altdeutschen Weinstuben
angelegentlichst.
Frische Austern. Grosses Weinlager.

Tapisserie-
Weihnachts-Ausverkauf
zu bekannt billigsten Preisen.
Hartmann & Saam,
Schlossstrasse 17, gegenüber dem kgl. Schloss.

Nachttelegramm. Mainz. Bei der Stichwahl wurde Liebknecht mit 1500 Stimmen Majorität gewählt. Karlsruhe. Die Stände werden am 15. ds. einberufen. Der Großherzog erkrankte heute Mittag am Fieber und ist bettlägerig. Paris. Kammer. Ferry beantwortete die Interpellationen und wies mit Verachtung die Verläumdungen gegen Roustain u. A. zurück. Die Nothwendigkeit, die Grenze Algiers zu schützen, habe die Tunisexpedition veranlaßt. Die Kammer habe am 12. Mai die Expedition gebilligt. Ferry widerlegte, daß die Expedition einen Allianzverlust und die Desorganisation der Armee herbeigeführt habe. Amagot (Linke) griff das Ministerium heftigst an. Hierauf wurde die Debatte auf Montag vertagt.

Nr. 310. | Witterung vom 5. November. Barometer nach Oskar Böhold, Wallstraße 15 (Abb. 631.) 770 Mill., seit gestern 2 Mill. gefallen. Thermometrogr. n. Reaum.: Temper. 3⅗° R., niedr. Temp. 2° R., höchste Temp. 5° R. Süd-Wind. Wolkenlos. | Aussichten für den 6. November: Mäßig bewölkt, mild, keine erheblichen Niederschläge. | **Sonntag, 6. Novbr.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Stichwahl! das ist das Losungswort der nächsten Woche. Die erste der Stichwahlen bringt eine erfreuliche Kunde: in Elberfeld gelang es dem festen Zusammenhalten der Ordnungsparteien, den jüdischen Sozialdemokraten Moses Oppenheimer mit tausend Stimmen Mehrheit zu schlagen. Vivat sequens! Was die Elberfelder fertig brachten, wird doch auch den Dresdnern, Chemnitzern, Zwickauern, Freibergern und Mittweidaern nicht zu schwer sein! Jede Stichwahl muthet den in der Minderheit gebliebenen Parteien ein Opfer an Ueberzeugung zu. Die Stichwahl ist eine Zwangswahl. Uns erscheint dieser Theil des Reichstagswahlgesetzes als kein sehr glücklicher Gedanke. Das französische Wahlgesetz verfährt richtiger. Es setzt zunächst fest, daß bei der ursprünglichen Wahl ein bestimmt großer Bruchtheil der Wahlberechtigten auch abgestimmt haben muß. Nur wenn ¼ oder ⅓ der eingeschriebenen Wähler (die genaue Ziffer ist uns im Augenblicke nicht gleich zur Hand) sein Wahlrecht ausgeübt hat, gilt in Frankreich eine Wahl. Traten weniger Franzosen an die Urne, so wird die Wahl einfach kassirt. Dieser Fall kommt selten, aber er kommt bei Zeiten der Abspannung doch vor. So z. B. jetzt in St. Denis. Ergiebt sich aber bei der ersten Wahl keine absolute Mehrheit, kommt es zur engeren Wahl, in Frankreich Ballotage geheißen, so legt das französische Gesetz den Wählern nicht die Nothwendigkeit auf, entweder sich der Abstimmung zu enthalten oder für den ihnen weniger mißliebigen Candidaten zu stimmen, sondern der Wahlkreis hat völlig freie Hand. Er kann für jeden ihm zusagenden Kandidaten stimmen, gerade wie bei der ersten Wahl. Bei dieser zweiten Wahl gilt gesetzlich schon die relative Mehrheit. In der Wirklichkeit haben sich aber die Parteien vorher verständigt, sodaß fast immer nur zwei Kandidaten zur Wahl kommen. Dieses System erscheint uns vorzüglicher als das unsrige der Zwangs-Stichwahlen.

Bei keiner Stichwahl aber brauchen die Parteien ein so geringes Opfer an Ueberzeugung zu bringen, als da, wo ein Sozialdemokrat in die engere Wahl kommt. Hier haben die Ordnungsparteien in der That gar keine lange Wahl nöthig, hier giebt es nur einen Entschluß und diesen zu fassen, bedarf es keiner Vorbereitungen. Beseitigung der sozialdemokratischen Vertretung ist die Parole. Wer sich nicht von seinem Patriotismus erleuchten läßt, sollte sich wenigstens vom Selbsterhaltungstriebe leiten lassen — die Sozialdemokratie ist nächst den Ultramontanen die unduldsamste Partei. Sie leidet neben sich keine andere Richtung, selbst die demokratische Volkspartei ist in ihren Augen reaktionär; reaktionär sind ihr gleichmäßig der Liberalismus, die Fortschritts- und die konservative Partei, alle schilt sie als „reaktionäre Masse." Einer solchen absprecherischen Tyrannei gegenüber müssen, wo Gefahr vorhanden, alle Parteiunterschiede schwinden. Es hat uns daher nicht gewundert, daß Herr Hofprediger Dr. Stöcker sofort auf die erste Kunde von dem Wahlausfall in Dresden seinen Getreuen zurief: Nun alle Mann für Stübel! Dieser hochverdiente Geistliche hat das Vertrauen der Bürgerschaft Dresdens nach dieser Richtung glänzend gerechtfertigt. Ebenso durfte man mit Recht erwarten, daß die Christlich-Sozialen nicht einem Gottesleugner, daß die Sozial-Reformer nicht einem Revolutionär ihre Stimmen zuwenden würden. Die Bereitwilligkeit aber, mit welcher diese tapferen Bataillone ihren einmüthigen Anschluß an das Hauptheer der Konservativen und Liberalen vollzogen, verdient ausdrückliche Anerkennung. Mit Sorgen hingegen blickte man von vornherein auf die Entschließung im fortschrittlichen Lager. Man muß zwar hier unterscheiden zwischen dem Generalstabe und den eigentlichen Truppen und man wußte auch im Voraus, daß im Generalstabe die Stimmung getheilt sei. Viele Fortschrittler verwerfen unbedingt die Wahl Bebels; nur einige, aber gerade die rührigsten, sind ihr zugethan. Und nun platzen die letzteren mit einer solchen Erklärung heraus, die seit vorgestern die Entrüstung aller guten Dresdner herausfordert. Aus den langgewundenen Sätzen dieser Erklärung liest alle Welt nichts Anderes heraus, als: wir überlassen jedem Einzelnen aus unserer Partei, ob er für Stübel oder Bebel stimmen will, würden es aber gar nicht ungern sehen, wenn er Bebeln für das geringere Unglück hielte als den Bürgermeister unserer Stadt. So legt ganz Dresden die fortschrittliche Erklärung aus; trifft diese Auffassung nicht zu, so mögen die Herren in klarem verständlichem Deutsch sagen, was sie wollen. Sie mögen besonders auch mit ihrem vollen Namen dafür eintreten. Wer sind die Herren? Die bei den Wahlen durchgefallenen Kandidaten Dr. Wigard, Dr. Hermann und Lingke, sowie deren Adjutant, der Schuldirektor Schmidt. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Erklärung lediglich den Sozialdemokraten zu Gute kommen muß. Sollte es das Unglück wollen, daß die Vertretung unserer Stadt abermals einem Sozialdemokraten zufiele, so wäre damit unwiderleglich dargethan, daß daran lediglich gewisse verbissene Matadore der Fortschrittspartei die Schuld trügen.

Ueberhaupt haben bei den Wahlen im Königreiche Sachsen ganz eigene Manöver gespielt. Die Sozialdemokratie, die darauf versessen ist, daß gerade die Stadt, in welcher das Residenzschloß des Königs von Sachsen steht, einen Vertreter des Umsturzes in den Reichstag entsenden soll, hat in dem Vorgefühle, daß es diesmal damit Nichts sei, mit gewissen Fortschrittsgrößen unterhandelt. Um Bebeln in Dresden durchzubringen, stimmten als Gegenleistung die Sozialdemokraten in Döbeln und Pirna für den Fortschrittscandidaten. In Döbeln wurden bei der 1878er Wahl 4344 sozialdem. Stimmen abgegeben, diesmal nur 342; im Pirnaischen Kreise vor 3 Jahren gegen 2000, diesmal noch nicht anderthalb Hundert. Wenn auch im ganzen Lande ein erfreulicher Rückgang der Sozialdemokratie zu verzeichnen ist — so rasch verschwinden volle 4000 Sozialdemokraten nicht binnen 3 Jahren aus einem Kreise. In Dresden soll die fortschrittliche Bezahlung für die in der Provinz gelieferte sozialdemokratische Arbeit erfolgen. Darauf hin war jene Erklärung berechnet, die in der Bürgerschaft erst Staunen, dann Empörung hervorrief.

Und nun hat sich Etwas ereignet, wessen man sich zwar zu dem Patriotismus vieler Fortschrittsmänner versah, dessen Außenbleiben aber doch recht bedenklich erschien: die Fortschrittspartei fällt von ihren Führern ab! Gewisse Tonangeber in Dresden sind nicht die sächsische Fortschrittspartei. Die Landtagsabgeordneten dieser Partei traten am Freitag zusammen und zerrissen jene Erklärung der Herren Wigard, Hermann, Lingke und Schmidt, indem sie in einer höchst würdigen Kundgebung ausdrücklich ihre Gesinnungsgenossen auffordern, unter allen Umständen gegen jeden sozialdemokratischen Abgeordneten zu stimmen. Auf den Scheideweg zwischen Ordnung und Umsturz gestellt, schwanken die fortschrittlichen Landtagsabgeordneten, die dem Könige und der Landesverfassung Treue geschworen, keinen Augenblick: sie schließen sich sofort, mannhaft, kräftig und energisch den Ordnungsparteien an. Entrüstet über die erste Erklärung aus dem Fortschrittslager haben viele hochangesehene Mitglieder dieser Partei ihren Austritt aus derselben und namentlich aus dem Vorstande erklärt und ansehnliche Geldbeiträge zu dem Stübel'schen Wahlfonds gezeichnet. Die Bürgerschaft wird diese patriotische Haltung der Herren Schaffrath und Genossen nicht vergessen, denn es kann ihnen nicht leicht gefallen sein, sich von alten politischen Freunden zu trennen. Die kleinen Handwerker und die Arbeiter können nunmehr mit vollem Vertrauen ihre Stimme für Dr. Stübel abgeben; bewährte Volksfreunde auch aus dem fortschrittlichen Lager rathen es ihnen. Es bleibt nunmehr nur ein kleiner Kreis mißvergnügter unversöhnlicher Fortschrittler ohne nennenswerthen Anhang übrig, die Triebkraft in diesem Warmbeet aber ist nicht groß genug, um den sozialdemokratischen Spargel reifen zu lassen. Mit Siegesgefühl kann die Bürgerschaft Dresdens am Donnerstag zur Urne gehen: das große Heer aller Anhänger staatlicher Ordnung wird Dresden den Sozialdemokraten entreißen; die sächsische Hauptstadt schickt ihren ersten Bürger in den Reichstag und an seiner Seite werden sich die Vertreter der Ordnungsparteien aus Freiberg, Zwickau, Chemnitz und Mittweida befinden — ein ehrenvolles Geleit für den Abgeordneten der Residenz!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 5. Novbr.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" publizirt eine kaiserliche Verordnung, mittelst deren der Reichstag auf den 17. d. M. einberufen wird. — Im Garten des Geh. Bergrath Prof. Dr. von Rath zu Bonn wurde die Reblaus entdeckt. Schutzmaßregeln sind getroffen. — Aus Guben wird gemeldet, daß in der heutigen Generalversammlung der Verkauf der Märkisch-Posener Bahn an den Staat mit großer Mehrheit genehmigt wurde.

Karlsruhe. Bei der gestrigen Stichwahl im 6. badischen Wahlkreise zwischen Sander (nat.-lib.) und Dr. Sibem (Centrum) wurde der Erstere mit 9150 gegen 8511 Stimmen gewählt.

Heidelberg. In der Stichwahl wurde Blum (nationallib.) mit 4000 Stimmen Mehrheit gegen Fisch (Centrum) gewählt.

Paris. Der Gouverneur von Algerien, Albert Grevy, suchte seine Entlassung nach. — Die Besetzung Keirouans entmuthigte die Insurgenten; zahlreiche Aufständische erbitten die Amnestie, dabei versprechend, die Anstifter des Aufstandes auszuliefern.

Paris. Gambetta hatte heute eine längere Konferenz mit dem deutschen Botschafter Fürsten Hohenlohe.

Berliner Börse. Der gestrige kleine Aufschwung ist schnell wieder verwischt. Heute zeigte die Börse, und nicht nur die hiesige, auch die fremden, eine hochgradige Geschäftsunlust. Erst gegen Schluß trat hier eine kleine Befestigung ein. Eisenbahnen unbelebt und matter. Franzosen blieben 2½ Mark und Lombarden 1½ Mark niedriger. Banken erfuhren in ihrer Mehrzahl kleine Ermäßigungen, doch sind auch einzelne Besserungen zu verzeichnen, z. B. Effecten-Maklerbank. Bergwerke hatten im Anfang guten Verkehr und blieben fest. Industrien meist behauptet. Fonds und Renten still, wenig verändert. Oestert. Prioritäten auf Wiener Käufe vielfach höher.

Lokales und Sächsisches.

— Nach dem letzten Bulletin über das Befinden J. Maj. der Königin schreitet die Besserung erfreulichst weiter. Das Fieber ist nur noch gering.

— Rittmeister à la suite der Armee Graf Clemens zu Schönburg-Glauchau (in preuß. Diensten) erhielt das Großkreuz des Albrechtsordens.

— Der Direktor des Hauptstaatsarchivs, Geh. Rath v. Witzleben, welcher zur Feier des Verfassungsjubiläums eine gediegene Geleg nheitsschrift herausgab, hat das Comthurkreuz 2. Klasse vom Verdienstorden erhalten.

— Der Generaldirektor der sächsischen Staatseisenbahnen, Herr von Tschirschky, tritt heute einen dreiwöchentlichen Urlaub an.

— Landtag. Nur in wenigen Fällen erleben wir es in unserem Landtage, daß die Tribünen so dicht gefüllt sich zeigen, wie es in der gestrigen Sitzung der 2. Kammer der Fall war, auf deren Tagesordnung die Interpellation Bebel's und Gen. stand. Es läßt sich daraus unzweifelhaft ein Symptom der Spannung in unserer gegenwärtig hochgehenden politischen Lage erkennen. Viele Zuhörer übrigens und namentlich das sozialdemokratische Element, welches in der Erwartung kam, sich an einem parlamentarischen Radau zu ergötzen, sahen sich in ihren Erwartungen sehr enttäuscht infolge der vortrefflichen und schneidigen Antwort des Ministers auf die Interpellation, überdies aber auch, weil die Kammer gegen die vier Stimmen der Sozialdemokaten eine Besprechung der Interpellation einmüthig ablehnte. Abg. Bebel, der zur Motivirung seiner Interpellation zuerst das Wort erhielt, interpretirte zunächst den § 28 des Sozialistengesetzes. Derselbe enthält seiner Ansicht nach in keiner Weise die Bedingungen, welche nothwendig waren, den Belagerungszustand über Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig zu verhängen. Insbesondere habe eine außerordentliche Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht bestanden. Die erfolgte Wahl von Sozialdemokraten in Gemeindeämter könne keineswegs einen Grund für jene Maßregel bilden, ebensowenig die veranstalteten Geldsammlungen für die Familienangehörigen der Ausgewiesenen. Wenn alle die Anschuldigungen der offiziösen Blätter wahr gewesen wären, hätte die Verfolgung der Führer wegen Hochverraths nicht ausbleiben können, wenn sie wahr gewesen wären, müsse es eine Pflichtvergessenheit der Behörde sein, wenn eine Anklage nicht erfolgt ist, es habe aber das Material hierzu gefehlt. Weiterhin tadelt Abg. Bebel die Uebergriffe in der Ausführung der durch das Sozialistengesetz bedingten Maßregeln seitens der unteren Polizeiorgane, zeichnet in zuweilen sehr drastischer Weise die traurigen Folgen des Ausnahmegesetzes für die betroffenen Familien und die Erwerbsverhältnisse der Ausgewiesenen, weist die Behauptung, als hätte er und seine Freunde mit russischen Nihilisten Verbindung gepflogen, als unwahr zurück und verwahrt sich gegen das thatsächliche Vorhandensein einer socialdemokratischen Organisation. Zwar sei von einem seiner Genossen auf eigene Kosten und ohne Mitwissen ein Entwurf für eine solche gemacht worden, aber nie in Kraft getreten und dies sei noch lange kein Anlaß, die getroffene Härte der Maßregeln zu rechtfertigen. Die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes mit allen seinen schwerwiegenden, erschreckenden Folgen habe nicht verfehlt, die nöthige Stimmung gegen die Regierung hervorzurufen, wie sie sonst wohl nicht erreicht worden wäre. Man habe mit dieser Maßregel die heiligsten Menschenrechte mit Füßen getreten. Mit den pathetischen Worten: „Alle Folgen dieser Drachensaat kommen auf Ihr Haupt!" schloß Bebel seine mehr als einstündige Rede, die man wohlals seine Wahlrede für hier auffassen kann, die er eben sonst nirgends anzubringen vermochte. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz nahm hierauf das Wort zur Beantwortung. Vor Allem hätte er mehr Mäßigung seiten des Vorredners erwartet, wie es sich der kgl. Staatsregierung gegenüber wohl geziemt hätte. Der Umstand, daß Abg. Bebel überhaupt in den Stand gesetzt ist, heute in dieser Kammer zu sprechen, ist ein sprechender Beweis für die Objektivität der Regierung, indem diese nicht, wie sie wohl gekonnt hätte, die Wahl Bebel's kassirt, sondern die Beantwortung der Frage, ob Bebel überhaupt das Recht besitze, Landtagsabgeordneter zu sein, der Kammer überlassen habe. (Bebel bezahlt bekanntlich nicht genügende direkte Staatssteuer, dies besorgt seine Ehegattin für ihn.) Nicht um dem Vorredner Rechenschaft zu ertheilen, denn dazu ist die Regierung nur dem Reichstage gegenüber verpflichtet, sondern namentlich aus der Nothwendigkeit gehe er auf die Interpellation näher ein, daß die Kammer und das Land von Zeit zu Zeit darüber zu Rathe gehe, wie es mit der Entwickelung der sozialistischen Bewegung stehe. Der Herr Staatsminister erörtert hierauf die Umsturztheorien der sozialistischen Partei und erinnerte besonders an die Beschlüsse des Sozialistenkongresses in Wieden, nach welchen sich die Sozialdemokratie jeder verfügbaren und zur Förderung ihrer verwerflichen Ziele nöthigen Mittel bedienen wird. Er habe vollberechtigten Grund zu glauben, daß die Organisationen zur Leitung der sozialistischen Umsturzbewegung ausdrücklich getroffen wurden. Diese Organisation in Händen von Führern wie Bebel, Liebknecht ꝛc. zu sehen, die auf jede Gelegenheit warten und benutzen werden, ihre Zwecke durchzusetzen, schließt unter allen Umständen eine große Gefahr für die Sicherheit, Ruhe und Ordnung des Landes in sich. In den Berathungen der Sozialisten ist die Eventualität eines gewaltsamen Ausbruches in Rechnung gezogen worden, so daß es geboten erscheint, daß im Interesse der Sicherheit bestimmte Maßregeln getroffen werden. Staatsminister v. Nostitz brachte weiterhin einen Brief zur Kenntniß des Hauses, in welchem sogar Personen namhaft gemacht werden, welche zunächst zu beseitigen seien. (!) In diesem Briefe an die Leipziger Kreishauptmannschaft wird den Regierungsorganen ausdrücklich gedroht: „ein Dolchstoß werde für jeden solchen erbärmlichen Schuft übrig sein, um seine Thaten zu lohnen." Der Minister verliest einen Wahlaufruf aus dem „Sozialdemokrat", welcher direkt zu Mord und Todtschlag auffordert und mit den Worten schließt: „wir wählen, um die Massen zu revolutioniren. Die Zeit ist kurz, thut Eure Pflicht, schafft Munition!" Dies sei die Moral der „gemäßigten Sozialdemokratie." Entweder Revolution oder gewaltsamer Umsturz mit Zuhilfenahme von Revolver und Dynamit. Die Verantwortung für die Nachtheile, welche die Familien der Ausgewiesenen betroffen, müssen diese tragen, welche rastlos ihre ungesetzlichen Handlungen fortsetzen. Sie trifft jene, welche in ungesetzlicher Weise das Land mit Gewalt und Aufruhr untergraben. Der Herr Staatsminister schloß seine ausgezeichnete Replik mit dem Hinweis, wie es Interpellant für zweckmäßig gefunden hat, damals das Constitutionsfest in so unerhörter Weise zu stören und dabei sich über Verkürzung der Verfassungsrechte zu beschweren. Nun, man hat sonst solche Leute, welche mit den bestehenden Verhältnissen nicht zufrieden waren, wieder dahin zu gehen, wo sie hergekommen waren. (Bebel ist bekanntlich kein geborner Sachse). Wenn man jedoch in fremdem Hause gastliche Aufnahme findet, so ist es Pflicht, den Frieden zu wahren und diese sittliche Verpflichtung besteht auch heute noch und auch für die Herren Abgeordneten Bebel und Liebknecht. Da sich, wie schon erwähnt, eine Unterstützung des von Bebel gestellten Antrages auf eine Debatte zur Interpellation nicht fand, wurde die Sitzung um halb 1 Uhr geschlossen. Abg. Bebel, welcher den Minister zahlreich und zum Theil in kaum qualifizirbarer Weise unterbrach, mußte sich dieserhalb einen derben Ordnungsruf seiten des Präsidenten Haberkorn gefallen lassen. — Wir bemerken noch berichtigend, daß der Protest gegen die Wahl des Abg. Dr. Schmidt nicht vom Abg. Philipp eingebracht wurde, daß man vielmehr über die Person des Antragstellers in Folge unleserlicher Unterschrift in Kammerkreisen selbst noch in Zweifel ist.

— Das Finanz-Ministerium hat die Geschäfte eines Kommissars für den Bau der Eisenbahn von Mehltheuer nach Weida dem Mitgliede der Generaldirection der Staatseisenbahnen, Finanzrath Theodor Albrecht Schreiner, übertragen; Stellvertreter ist Finanzassessor Friedr. Ernst Schelcher.

— Dem „goldenen Stipendienfond" ist abermals von einer nicht genannt sein wollenden Dame ein Geschenk von 300 Mark zugeflossen.

— Seit Kurzem haben wir in Sachsen auch eine Kettenbrücke, die einzige im Lande. Leipzig hat sich dieselbe für 22,000 M. über die Pleiße hergestellt. Die Kettenglieder und Hängestangen sind aus Bessemer-Stahl gefertigt.

— Der Jagdkalender pro November zeigt nur das Verbot des Abschusses der Rehkitzen, eine Vorschrift, gegen die heute leider noch immer gesündigt wird. Besonders dürfte in diesem Jahre, wo die Rehkitzen sehr stark sind, Mancher aus Versehen mit dem Gesetz in Konflikt gerathen. Freilich ist der Waidmann einer solchen Gefahr enthoben, nicht aber, weil er sich nicht irren könnte, sondern weil er überhaupt nur starke Böcke erlegen soll. Riken, Schmalrehe und Kitzen kommen gar nicht in Betracht und kann somit auch kein Kitz für ein Schmalreh geschossen werden. Alles übrige Wild darf geschossen werden.

— Der Etat der sächsischen Staats-Eisenbahnen für 1882/83 schließt mit einem sehr ansehnlichen Ueberschuß von